

Memento

Es ist contents der Altparteien die Rede von „Veränderungen Deutschlands“, die „wir schaffen“ sollen. Aber was bedeutet das konkret für uns Bürger? Vom derzeit alles überschattenden Schwerpunkt Asyl über die Thüringer Bildungspolitik bis hin zu Plänen zur Gebietsreform, die ethische Analyse des politischen Spektrums ist die Aufgabe der AfD und dieser Zeitung. Gegen Ablenkungen und ideologische Vernebelungen durch die jetzige Politik und der ihnen zugewandten Medien. Deren Phrasen sind ja nicht NUR der Offenbarungseid der Systemparteien vor ihrem eigenen Versagen, das wir auszubilden haben. Hinter den welt-fremden Parolen der Altparteien steht die Forderung deutscher und europäischer Errungenschaften, wie innerer Frieden oder Gleichberechtigung, und letztendlich der Zukunft unserer Kinder und Enkel. (Nadine Hoffmann)

Jeder gegen jeden – alle zusammen gegen Deutschland

Die Politiker der Systemparteien scheinen die Zielrichtung ihres Handelns völlig aus den Augen verloren zu haben. Kanzlerin Angela Merkel und die Bundesminister haben mal geschworen, dass sie ihre „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen und Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, die allgemeine gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde“ (1). ... weiter lesen Seite 4

Tausende Lichter lassen Erfurter Dom leuchten



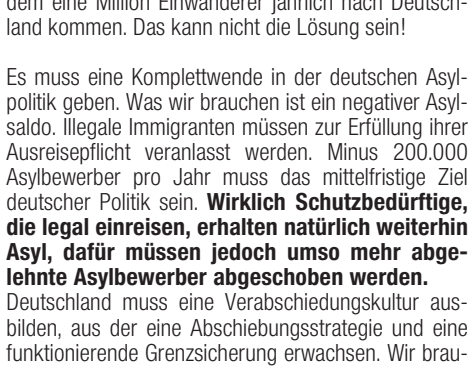
Integrationsfunktion der Kirche gefährdet

Die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junckermann, hat dem MDR gesagt, eine Teilnahme bei AfD-Demonstrationen sei unvereinbar mit dem Evangelium. Christen warf sie vor, mit ihrer Teilnahme Rassismus zu unterstützen. Dazu erklärt die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Wiebke Mühsal: „Frau Junckermann sollte darüber nachdenken, ob sie ihrem Amt als Landesbischöfin mit solchen Äußerungen tatsächlich gerecht wird. Genau wegen solcher Aussagen verliert die evangelische Kirche zusehends an Mitglieder. Eine Ausgrenzungs- und Diffamierungsbotschaft wie sie Junckermann verbreitet, ist dem Evangelium fremd. Eine Landesbischöfin sollte sich auf die Verkündigung des Glaubens konzentrieren, anstatt unbescholtene Bürger auszugrenzen, die berechtigte Kritik an der derzeitigen Asylpolitik üben. Durch ihr politisches Engagement gefährden die Kirchen nicht zuletzt auch ihre wichtige gesellschaftliche Integrationsfunktion und verlieren immer weiter an Glaubwürdigkeit.“

Zu den Einlassungen der Landesbischöfin komme hinzu, dass ihre Aussagen auch sachlich falsch seien. Junckermann hatte geäußert, bei AfD-Kundgebungen würden Demonstranten Kreuze in Deutschland tragen. Mühsal: „Solche schwarz-rot-goldenen Kreuze bei unseren Erfurter Mittwochsdemos sind reine Fantasie. Mir sind solche Kreuze dort noch kein einziges Mal zu Gesicht gekommen.“ (Wiebke Mühsal)

Öffentliche Diskussion zum Thüringer Bildungsplan
... weiter lesen Seite 3

Höcke: Deutschland braucht minus 200.000 Asylbewerber pro Jahr



Zur Diskussion um eine Asylbegrenzung erklärt Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag:

„Die von Horst Seehofer geforderte jährliche Asylbegrenzung von 200.000 Menschen ist nicht ansatzweise geeignet, die aktuelle Staatskrise zu lösen. Rechnet man den Familiennachzug hinzu, bedeutet der Vorschlag von Seehofer, dass in Summe langfristig trotzdem eine Million Einwanderer jährlich nach Deutschland kommen. Das kann nicht die Lösung sein!“

Es muss eine Komplettwende in der deutschen Asylpolitik geben. Was wir brauchen ist ein negativer Asylsaldo. Illegale Immigranten müssen zur Erfüllung ihrer Ausreisepflicht veranlasst werden. Minus 200.000 Asylbewerber pro Jahr muss das mittelfristige Ziel deutscher Politik sein. **Wirklich Schutzbedürftige, die legal einreisen, erhalten natürlich weiterhin Asyl, dafür müssen jedoch umso mehr abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden.**

Deutschland muss eine Verabschiedungskultur ausbilden, aus der eine Abschiebungsstrategie und eine funktionierende Grenzsicherung erwachsen. Wir brauchen nicht jedes Jahr mehr Migranten, die weder asylberechtigt sind noch als geeignete Fachkräfte infrage kommen, sondern ein Konzept, wie wir den illegalen Aufenthaltstatus dieser Menschen beenden. Und Deutschland braucht ein Asylrecht, welches nicht automatisch nach ein paar Jahren zur unbefristeten Niederlassungserlaubnis erstarkt, sondern stets nur ein Bleiberecht des Asylbewerbers auf Zeit ist.

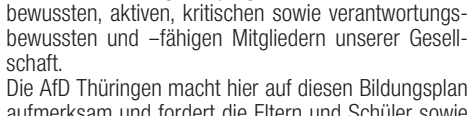
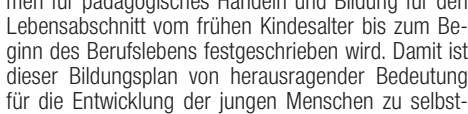
Streng genommen ist die in die Diskussion eingebrachte Obergrenze sogar absurd. Das Grundgesetz stellt in Artikel 16a, Absatz 2, Satz 1 eindeutig fest, dass niemand ein Recht hat, Asyl zu finden, der über einen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist. Dies ist jedoch bei fast allen der über eine Million Migranten der Fall, die im letzten Jahr in Deutschland um Asyl ersucht haben. Deutschland ist schließlich von sicheren Drittstaaten umgeben.

Es ist ein einzigartiger Skandal für einen entwickelten demokratischen Rechtsstaat, dass die verantwortlichen Politiker im Bund und in den Ländern diesen rechtsbrüchigen giganthischen Ausmaßes trotzdem nicht hinnehmen und hierfür auch noch alleine im Haushaltsjahr 2016 mindestens 17 Milliarden Euro Haushaltsmittel zu Lasten des Steuerzahlers einplanen. Angesichts der chronischen Unterfinanzierung vieler staatlicher Bereiche überfordert diese Asylpolitik unser Land und gefährdet längst nicht nur die Akzeptanz des Asylrechts, sondern auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Dies gilt umso mehr angesichts der katastrophalen Ereignisse der Silvesternacht in mehreren westdeutschen Städten. Spätestens jetzt sollte deutlich klar sein, dass die Angststräume deutscher Frauen, vor denen ich bereits frühzeitig gewarnt habe, tatsächlich existieren. Es hat sich gezeigt, dass zu uns eben nicht nur dankbare, suchtsuchende Menschen gekommen sind, wie uns im letzten Jahr von Politikern der Altparteien eingeredet wurde. Wer wie die syrischen, arabischen und nordafrikanischen Täter von Köln, Hamburg, Stuttgart und Weil am Rhein aus in Kultur mit restriktiver Sexualmoral kommt und dann deutsche Frauen als minderwertige Sexobjekte behandelt und missbraucht, ist nicht nur ein undankbarer integrationsunfähiger Krimineller, sondern ist offenbar auch inländerfeindlich eingestellt.

Es ist schwer erträglich, wenn nun grüne Politiker wie Volker Beck behaupten, Straftaten löse man nicht mit Abschiebungen. Wie jeder Familienvater seine Frau und seine Kinder schon instinktiv vor Gefahren beschützt, müssen die Landes- und Bundespolitiker der Altparteien unser Volk in erster Linie vor ausländischen Rechtsbrechern, Fanatikern, Terroristen und Kriminellen schützen, im weiteren aber auch unsere Sozialsysteme vor der erkennbaren Überbeanspruchung bewahren. Hierzu sind die Altparteien jedoch nicht bereit. Auch wenn die Kriminellen und Terroristen nur eine Minderheit unter den Migranten darstellen – der von Angela Merkel, Sigmar Gabriel, Claudia Roth und Co. geduldete und zum Teil sogar begrüßte Hunderttausendfache Rechtsbruch beginnt schon beim Überschreiten der nach wie vor ungesicherten deutschen Grenzen.“ (AFD-Fraktion)

Öffentliche Diskussion zum Thüringer Bildungsplan



Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre

Bildungsplan für alle Kinder und Jugendlichen

Mit mehrmonatiger Verspätung legte das Thüringer Kultusministerium kurz vor Weihnachten den „Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre. Bildungsansprüche von Kindern und Jugendlichen“ vor.

Der dreiste Thüringen nimmt hier eine Vorreiterrolle ein, da in diesem Bildungsplan der Orientierungsrahmen für pädagogisches Handeln und Bildung für den Lebensabschnitt vom frühen Kindesalter bis zum Beginn des Berufslebens festgeschrieben wird. Damit ist dieser Bildungsplan von herausragender Bedeutung für die Entwicklung der jungen Menschen zu selbstbewussten, aktiven, kritischen sowie verantwortungsbewussten und –fähigen Mitgliedern unserer Gesellschaft.

Die AfD Thüringen fordert auf diesen Bildungsplan aufmerksam und macht die Eltern und Schüler sowie alle Akteure im Bildung und Erziehung auf, sich an einer demokratischen öffentlichen Diskussion zu diesem wichtigen Dokument zu beteiligen. Den vollständigen Bildungsplan finden Sie hier: http://www.thueringen.de/mam/th2/tmbwk/bildung/bildungsplan/thueringer_bildungsplan-18_web.pdf

Die Druckfassung des ist ebenfalls im Handel unter der ISBN 978-3-937785-87-5 erhältlich. Der Bildungsplan ist kein übergeordneter Lehrplan, sondern beschreibt nachprüfbar Kompetenzen, die von den Schülern erworben werden sollen. Dabei sind auch die erzieherischen Aufgaben der Schule, der angestrebte Schulabschluss sowie die Vorgaben der Nationalen Bildungsstandards berücksichtigt. Neben den erziehungswissenschaftlichen Grundlagen und grundlegenden Anforderungen und Festlegungen zur Erziehung und Bildung besteht der Bildungsplan aus vielen Themenbereichen von der sprachlichen, naturwissenschaftlichen und mathematischen bis hin zur religiösen, künstlerischen und philosophisch-weltanschaulichen Bildung.

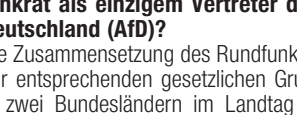
Eines der umstrittensten Themen dürfte der Punkt 2.2. „Physische und psychische Gesundheitsbildung sein“. Darin wird ausführlich dargelegt, wie wichtig der bewusste Umgang mit der eigenen Sexualität für Kinder und Jugendliche sei. Demnach spielt in der „Elementaren physischen und psychischen Gesundheitsbildung“, bereits im frühen Kindesalter die Sexualität eine Rolle. Zitat: „Es werden häufiger die Fragen zur Entstehung des Lebens, zur Geburt, über Freundschaft und über Liebe aufgeworfen. Neugierig wird der eigene Körper und der von ebenbürtigen anderen (z.B. in „Doktorspielen“) erkundet. Durch körperliche Nähe oder durch Rückzug werden Beziehungsqualitäten verdeutlicht und ein Gefühl für die eigene Intimsphäre ausgeprägt.“

Im späteren Abschnitt heißt es: „Es werden z.B. Paarbeziehungen eingegangen und Geschlechtsverkehr erlebt, (traulierte) Geschlechterrollen werden hinterfragt, sexuelle Orientierungen (hetero-, hetero-, bisexuell) werden bei Kindern und anderen wahrgenommen.“

Worauf läuft das hinaus? „Traditionelle“, überlieferte Rollen von Männern und Frauen, also folgenreich die Rollen von Vätern und Müttern in den Familien werden in Frage gestellt und grundlegende naturwissenschaftliche Erkenntnisse und Gegebenheiten außer Acht gelassen. Bevor jetzt der Aufbruch der LSBTTIQ-Lobby kommt: Deutschlandweit liegt der Anteil der in LSBTTIQ-Gemeinschaften lebenden Menschen nach verschiedenen Veröffentlichungen im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Sie sollen ihr Leben auch nach ihrer eigenen Fassung gestalten können, ohne diskriminiert zu werden. Aufgrund dieses sehr geringen Anteils gehört dieses Thema aber nicht in einen Bildungsplan. Es bleibt wichtiges Fragen offen: Wurden in Thüringen Eltern und Schüler ausreichend in die Entwicklung des Bildungsplans einbezogen? **Will die rot-rot-grüne Landesregierung eigene Vorstellungen von Sexualität und Partnerschaften in die Klassenzimmer des Freizeitsport tragen?**

Nach der Veröffentlichung beginnt jetzt ein mehrstufiger Implementierungsprozess, in dem sich der neue Bildungsplan in der Praxis bewähren muss. Dazu soll es eine Reihe Informationsveranstaltungen geben. Es ergeht der Aufruf an alle Eltern, Schüler und pädagogische Handlungsbeauftragten: Bitte informieren Sie sich, mischen Sie sich ein in die öffentliche Diskussion und entscheiden Sie mit. Es geht um nicht weniger als die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. (Birgit Noll)

Jeder gegen jeden – alle zusammen gegen Deutschland



Frei nach dem Motto „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ kommen die Spitzenpolitiker der etablierten Parteien alle paar Tage zum vermeintlich neuen Ideen um die Ecke. Sie wechseln ihre Meinungen und Forderungen so schnell, dass man kaum den Überblick behalten kann. Auffällig ist, dass sie am Ende bei den Erkenntnissen und Forderungen der AfD landen. Natürlich ist daran jetzt nichts mehr populistisch, rechtsextrem, rassistisch oder mit welchen Begriffen sie auch immer die AfD vorher diffamiert haben.

Stattdessen gerät jetzt alles durcheinander: In den Schlagzeilen der Medien findet man dieser Tage häufig

... weiter von Seite 1: Aber danach sieht es nicht aus. Seit Monaten hat die verfehlte Asylpolitik mit dem weiterhin unbegrenzten Massenzustrom an Asylbewerbern Deutschland fest im Griff und ein Ende der politischen Verantwortungslosigkeit nicht in Sicht. Schauen wir zurück: Nach dem Zustrom 2014 von ca. 200.000 Asylbewerbern gab es die Prognose im Mai 2015 von 450.000 für das laufende Jahr, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr – aus heutiger Sicht kein Grund zur Aufregung. Prognosen von 800.000 im August und 1 Mio. Asylbewerber im September folgten. Die Million wurde am Ende 2015 ja auch erreicht. Familiennachzug nicht mitgerechnet. Und obwohl sich die Berichte von Überforderung und Chaos häuften, beharrte die Kanzlerin darauf: „Wir schaffen das!“

Nach monatelanger Ignoranz und Verleugung haben sich viele Vorfälle ereignet, die ihren bisherigen Ausschreitungen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten fanden. Natürlich sind nicht alle Asylsuchenden potentielle Straftäter, das behauptet ja auch keiner. Aber wenn zigtausende vorwiegend junge Männer aus anderen Kulturkreisen, teilweise illegal und unreguliert in unser Land strömen, dann ist es verantwortungslos und blauäugig, diese Gefahrenpotentiale zu verkennen. Bereits im Frühsommer, als wir noch von 450.000 Ankömmlingen in diesem Jahr sprachen, hat beispielsweise die AfD-Landesfraktion in Thüringen ein Positionspapier mit Forderungen und Maßnahmen vorgelegt, wie man dem Massenzustrom entgegenwirken muss und vor allem, dass geltendes Recht und Gesetz auf europäischer, Bundes- und Länderbene wieder einzuhalten ist. Aus anderen AfD-Verbindungen gab es ähnliche Unterlagen.

Frei nach dem Motto „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ kommen die Spitzenpolitiker der etablierten Parteien alle paar Tage zum vermeintlich neuen Ideen um die Ecke. Sie wechseln ihre Meinungen und Forderungen so schnell, dass man kaum den Überblick behalten kann. Auffällig ist, dass sie am Ende bei den Erkenntnissen und Forderungen der AfD landen. Natürlich ist daran jetzt nichts mehr populistisch, rechtsextrem, rassistisch oder mit welchen Begriffen sie auch immer die AfD vorher diffamiert haben.

Stattdessen gerät jetzt alles durcheinander: In den Schlagzeilen der Medien findet man dieser Tage häufig

die Nachricht: „CSU und SPD erhöhen den Druck auf Bundeskanzlerin Merkel“ oder so ähnlich. Da haben sich ja zwei gefunden...

Bisher konnte die SPD die Grenzen Deutschlands nicht weit genug aufmachen, wie die GRÜNEN und die LINKEN auch. Gemeinsam hoffen sie, dass durch einen unregulierten und unkontrollierten Massenzustrom an Asylbewerbern die vermeintlichen Probleme des Landes wie Fachkräftemangel und Überalterung der Gesellschaft gelöst werden.

Auf der anderen Seite steht Volker Kauder und bittet um Geduld mit der Kanzlerin, damit Beschlossenes umgesetzt werden könnte. Wie lange denn noch? Edmund Stoiber von der christlich-sozialen Schwespartei fordert hingegen von der Kanzlerin die Lösung des Flüchtlingsproblems bis Ende März und stellt ihr ein Ultimatum. Notfalls müsse Deutschland seine Grenzen komplett schließen. Außerdem will er „dafür sorgen, dass das Flüchtlingsproblem als europäisches Problem behandelt wird“ und droht damit, dass Deutschland sich wieder an europäische Gesetze (hier die Dublin-Verordnungen) halten könnte.

Demgegenüber übt Sigmund Gabriel von der SPD Druck auf die Kanzlerin Angela Merkel aus: Verstärkte Grenzkontrollen will er, aber komplette Grenzschließung ist Unsinn. Aha. Der schleswig-holsteinische SPD-Ministerpräsident Torsten Albig gestrichelt Pressemitteilungen zufolge das Problem erkannt zu haben. In Bezug auf die ständig neuen Vorschläge wird er zitiert mit: „Wir überholen uns immer und beantwortet gar nicht gestellte Fragen.“ Ein geflüchteter DDR-Bürger kennen das noch: „Überholen, ohne einzuholen...“, damals wie heute inalterlos.

Die Innenministerien der Länder werfen Marokko, Algerien und Tunesien nach einem „Spiegel“-Bericht „unkooperatives Verhalten“ bei Abschiebungen vor. Auch Altkanzler Gerhard Schröder greift die SPD an und CDU-Frontfrau Julia Klöckner kritisiert die Kanzlerin und CDU-Frontfrau Julia Klöckner kritisiert die SPD an, dass diese keine Lösungen anzubieten habe... Und so weiter, und so weiter. Man kann nicht so schnell lesen, wie sich andere Ideen ans Tageslicht bringen.

Sachsendeputierte CDU-Ministerpräsident Stinowitz Tillich wurde in der „Welt“ zitiert: „Wir sind in den vergangenen Monaten zu idealistisch an die Flüchtlingskrise herangegangen“. Ach was!!! Man hätte sich ja auch einmal mit den Vorschlägen und Forderungen der AfD sachlich und konstruktiv befassen können.

Bei den Gründern Grimm würde die Geschichte so enden: „Und wenn sie nicht gestorben sind, dann grübeln sie noch heute, wie man dem PAKK von AfD und NEGIDA erklären kann, dass sie die Schuldigen an der chaotischen Politik in Deutschland sind.“ (Birgit Noll)

Interview mit Dr. Jens Dietrich, Mitglied im Rundfunkrat des MDR



Der stellvertretende Sprecher des AfD-Landesverbandes Thüringen Dr. Jens Dietrich aus Ilmenau ist seit Kurzem Mitglied des Rundfunkrates des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR).

Der Rundfunkrat hat die Aufgabe, die Interessen der Allgemeinheit auf dem Gebiet des Rundfunks zu vertreten und die Einhaltung des im Staatsvertrag festgelegten Rundfunkauftrages zu überwachen. Dem Rundfunkrat gehören Vertreter von maßgeblichen Parteien und Organisationen der dazugehörigen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen an.

THÜRINGENPOST sprach mit Dr. Dietrich über seine neue Herausforderung:

Wie kam es zu Ihrer Mitgliedschaft im MDR-Rundfunkrat als einzigem Vertreter der Alternative für Deutschland (AFD)?
Die Zusammensetzung des Rundfunkrates ergibt sich auf der entsprechenden gesetzlichen Grundlage. Die AfD ist in zwei Bundesländern im Landtag vertreten. Dadurch konnte der AfD-Landesverband Thüringen einen Vertreter in den Rundfunkrat entsenden. Ich hatte mich darum beworben, da ich auch in dem entsprechenden Landes- und Bundesfachausschuss der Partei aktiv bin. Auch werden Rundfunk, Fernsehen und Internet immer weiter verzahnt, meine beruflichen Erfahrungen im EDV-Bereich helfen mir hier weiter. Die Entscheidung des Landesvorstandes fiel auf meine Person.

Welches Betätigungsfeld und welchen Einfluss haben Sie im Rundfunkrat? Worin sehen Sie Ihre Verantwortung?
Der Rundfunkrat ist als Aufsichtsgremium im Sinne der

Bürger gedacht, diese Aufgabe nehme ich sehr ernst und möchte sie gerne wahrnehmen. Wahrscheinlich bin ich der einzige Parteivertreter, welcher kein Mandat hat oder mit der Politik sein Geld verdient. Für die Arbeit im Rundfunkrat erhält jedes Mitglied eine Aufwandsentschädigung von 665,40 Euro im Monat (siehe www.mdr.de).

Neben dem Rundfunkrat gibt es einige Ausschüsse und Landesgremien Thüringen. Als weiterer AfDler in dem Gremium besuche ich bei zeitweiser alle 4 Ausschüsse (Haushalt, Telemedien, Hörfunk und Fernsehen). Das sind im Januar schon 4 Termine und im Februar 6. Ich bin einer von 43 Vertretern, mein Einfluss ist daher recht überschaubar. Bis jetzt ist das Verhalten mir gegenüber neutral bis positiv.

Meine Verantwortung sehe ich vorrangig darin, dass dem berechtigten Informationsinteresse der Menschen in unserem Land nach einer neutralen und umfassenden Berichterstattung nachkommen wird. Dem mündigen Bürger müssen zeitnah alle relevanten Fakten zur Verfügung gestellt werden.

Es geht um nicht weniger als eine unvoreingenommene Berichterstattung und letztendlich die Durchsetzung von Demokratie und Meinungsfreiheit.

Was sind Ihre Ziele, die Sie in dieser Funktion erreichen wollen?
Als erstes möchte ich die Ministerium Rundfunkrat spielen lernen. Viele Bürger teilen die Kritik der AfD am Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, auch viele, die uns (noch) nicht wählen. Der MDR hat im Jahr 2016 den Vorsitz innerhalb Medienanstalten der ARD inne und die Intendantin Frau Prof. Wille hat zum Dienstantritt die Debatte um die wahrhaftige Berichterstattung als Problemfeld erkannt.

Jeder ernstgemeinte Schritt in Richtung wahrhaftige Berichterstattung wird mir unterstützt. Auf der anderen Seite muss mir keine Illusionen über das Beharrungsvermögen der Öffentlich-Rechtlichen Medien und den Einfluss der Altparteien. Für eine erfolgreiche Änderung benötigen wir alle Möglichkeiten, die Parlamente, die Rundfunkräte und die Bürger.

Herzlichen Dank für das Interview und viel Erfolg für Ihre Arbeit

... einfache Antwort:

Rot-Rot-Grün in Thüringen sagt:

JA zu 376 Millionen € für Asylsuchende in 2016

NEIN zu 750 Tausend € für das Kinderhospiz Tambach-Dietharz

und:

... weitere Informationen unter www.thueringenpost.de

Karikatur



Wo ist Deutschlands bürgerliche Mitte?

War es um das Jahr 2000 herum noch werterhaltend und damit konservativ – nichts anderes heißt das ja – die traditionelle Familie und den Mittelstand mit seinen selbständigen und Angestellten als den Motor der Wirtschaft und damit als Garant der Zukunft zu betrachten, so ist man mit dieser Haltung heutzutage, im Zeitalter der linksideologischen Schreiheulen plötzlich rechtspolitisch, wenn nicht schon rechtsextrem und gehört ausgegrenzt. Komischerweise wollen diese Schreiheulen weiter vom erarbeiteten Steuergeld dieser „rechtsradikalen Unmenschen“ leben (das die Antifa, die immer dann installiert wird, wenn der Bürger zu laut aufmuckt). Da hilft nur noch Umzerlegung durch das ständige und penetrante Mantra „Deutschland geht es gut und alle die was anderes sagen sind schlimme Populisten“. Irgendwann müssen es die Bürger ja glauben... sagt man sich wahrscheinlich in den Redaktionsstuben und Politikhinterzimmern.

Deutsche Politik und mediale Meinungshoheit sind soweit nach „links“ gerückt, dass in der Mitte eine große Lücke frei wurde, die nun durch die Alternative für Deutschland (AFD) besetzt wird. Sei es in der Haltung zum Euro, zur Europäischen Union, zur traditionellen Familie, zum Rundfunkzwangsbereich, zur Einwanderung und zu Asylfragen, allesamt beruhend auf dem gesunden Menschenverstand und nicht auf Leninschen Verlautbarungen.

Auf die Idee, dass sich durch die CDU-light = SPD etliche ehemalige Wähler nicht mehr vertreten – ja sogar verraten – fühlen, kommt trotzdem kaum jemand. Wie lange wollt ihr euch noch bemühen, eure eigenen konservativen Meinungen von damals als heute rechtsextrem zu vermitteln? Habt ihr so viel Angst um eure Macht, dass ihr anstelle von Argumenten nur noch diffamierende Propaganda verbreiten müsst?

So halten SPD, Grüne und Linke eher oder weniger die Zügel in der Hand, womit die Richtung klar ist: Schuldengemeinschaft, weitere zigitausendfache Gesetzesbrüche in der Asylpolitik, Errichtung von Inklusionsgemeinschafts-verwahranstalten, mehr Steuern für den Mittelstand

und Bürokratieaufbau statt -abbau. Kurzum: Vieles von dem, was für den Erfolg Deutschlands stand, wird zunichte gemacht.

Was für rosige Aussichten! Denn eines steht doch mal fest: Die Lage der echten Leistungsträger in Deutschland, die Lage der normalen Bürger und des Mittelstandes ist den alten und neuen linken Parteien so egal wie es nur sein kann, sonst würden sie ja eine andere, nicht-ideologische Politik betreiben. Was sie auch nicht sehen wollen ist, dass durch die Abschaffung wertkonservativer, traditioneller Regeln und durch die Zugniederückung des Mittelstandes (anders kann man es nicht ausdrücken) das ganze Land vor die Wand gefahren wird. Die Verwirklichung ihrer ideologischen Ansichten ist für diese Parteien wichtiger als die Zukunft der normalen Bürger des Landes. Wenn dies nicht verantwortungslos ist, was dann?



Zusammenfassend soll der Publizist Konrad Adam zitiert werden. Auf dem AfD-Bundesparteitag am 4. Juli 2015 in Essen sagte er:

„Als rechts gilt heute, wer einer geregelten Arbeit nachgeht, seine Kinder pünktlich zur Schule schiebt und der Ansicht ist, dass sich der Unterschied von Mann und Frau mit bloßem Auge erkennen lässt.“
Dem ist nichts hinzuzufügen!
(Nadine Hoffmann)

Thüringen wird zum „Kaltland für Familien, Kommunen und den Mittelstand“

„Ministerpräsident Bodo Ramelow macht Thüringen zu einem Kaltland für Familien, Kommunen und den Mittelstand.“ Dieses Fazit zum Doppelhaushalt 2016/2017 zog der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Björn Höcke, in seiner Rede im Plenum des Thüringer Landtags.

Die AfD-Fraktion bringt 190 Änderungsanträge zum Landeshaushalt ein und damit mehr als jede andere Fraktion. Für Höcke stehe fest, dass die „Kosten für die von den Altparteien in Land gelenkte Völkerwanderung die EU, den Bund, unser Thüringen und besonders unsere notleidenden Kommunen überfordern.“ Die Asylkosten im geplanten Haushalt seien bei 600 Millionen Euro für das Jahr 2017 angekommen.

Im 2015er Haushalt haben die Regierungsfractionen den AfD-Antrag abgelehnt, vier weitere Verwaltungsrichter einzu-stellen, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Für 2016 und 2017 hat die Regierung diese dann selbst eingestellt. „Die Landesregierung hinkt der Entwicklung allerdings schon wieder meilenweit hinterher. Die Verfahren häufen sich – deshalb haben wir als AfD-Fraktion elf weitere Verwaltungsrichter beantragt“, so Höcke. Damit ließen sich Millionen Euro für das Land Thüringen einsparen.

Aber es ist auch Ihre Verschwendungssucht, die hier zu Buche schlägt“, kritisierte Höcke direkt die Minister im Plenum. In deren Ministerien sind zwischen 2015 und 2017 Mehrausgaben von 700 Millionen Euro geplant. Der Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie wächst um 40 Millionen Euro in diesem Zeitraum. „Und das, obwohl zum Schaden der Familien das Landeserziehungsbudget gestrichen wurde. Nicht einmal das Koalitionsvertrag veranmert kostenfreie Kita-Jahr steht hier drin. Das zum Thema ‚Wahlersprechen‘“, bemängelte Höcke. Die Fraktion habe außerdem 170 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben lokalisiert, bei denen Asylkosten kaum eine Rolle spielen.

Der Fraktionschef kritisierte des Weiteren die Unterfinanzierung der Kommunen von 100 Millionen Euro. Damit werde indirekt die Wirtschaft stranguliert, da die Kommunen dazu gezwungen seien die Steuerhebesätze zu erhöhen. Gelder kürzen will die Fraktion bei den Dienstreisen des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei und den Landesprogrammen gegen Rechtsextremismus, durch die linksextremer Demonstrationstourismus gefördert wurde. Aufstockungen sehen die Anträge der Fraktion vor für den Thüringer Verfassungsschutz, die Polizei und Sportvereine.

Die Planungen der AfD würden zu Schuldentilgungen in Höhe von über 40 Millionen im Jahr 2016 und über 80 Millionen im Jahre 2017 führen. Dazu Höcke: „Weil wir nicht in Legislatur sind, werden in Generationen denken, haben wir den unbedingten Willen zum Schuldenabbau!“ (AFD-Fraktion)

